



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Bonny David / Senti Julia

2022-CE-110

Welche Energiepolitik brauchen wir angesichts der Ukraine-Krise?

I. Anfrage

Der seit kurzem ausgebrochene Ukrainekrieg führt uns die Abhängigkeit von fossiler Energie dramatisch vor Augen. Die Energiepreise verteuern sich und zeigen uns auf, wie abhängig vom Weltgeschehen sie sind. Auch unser Kanton bleibt vor den Auswirkungen der aktuellen Situation nicht verschont. Die Ukraine-Krise zeigt uns auf, dass Investitionen in die Klimawende dringend sind, damit wir unabhängiger von autokratischen Regimes sind.

In Anbetracht des erwarteten Klimagesetzes, der Massnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Mobilität, eines kürzlich erschienenen Berichts zur nachhaltigen Energie, von Klima-Lunches und eines Klimaplan sind wir uns bewusst, dass im Kanton Freiburg einiges zum Thema Klima, Nachhaltigkeit und Energieversorgung im Gange ist und begrüssen dies.

Vorliegend möchten wir den Staatsrat im Hinblick auf eine klare Strategie für unsere Energie-zukunft um Antworten auf die nachfolgenden Fragen bitten:

1. Welche Investitionen sind innerhalb der letzten 10 Jahre in den Ausbau und Förderung erneuerbarer Energie im Kanton getätigt worden?
2. Welche entsprechenden Investitionen sind in den kommenden 10 Jahren geplant?
3. Welche Investitionen haben die Energieversorgungsunternehmen des Kantons in den letzten 10 Jahren bezüglich erneuerbarer Energien getätigt, wieviel davon im Ausland und wie viel ausserkanton? Was ist die nächsten Jahre im In- und Ausland geplant?
4. Wie verteilen sich die geplanten Investitionen auf Wasser, Wind, Solar und andere Bereiche der Energieversorgung?
5. Ist aufgrund der aktuellen Situation und der laufenden Debatte zur Versorgungssicherheit eine verstärkte Fokussierung auf den Zubau im Inland bzw. eine entsprechende Anpassung der bisherigen Strategie vorgesehen
6. Wie viele Gebäude werden im Kanton noch fossil beheizt, wie viele mit einer Elektrowiderstandsheizung? Welche Programme sieht der Kanton für den Heizungsersatz vor und wie könnte dieser beschleunigt werden?

23. März 2022

II. Antwort des Staatsrats

Einleitend ruft der Staatsrat in Erinnerung, dass er nicht die Ukraine-Krise abgewartet hat, um sich für den Ersatz der fossilen Energien durch erneuerbare Energien und allgemein für unser Klima einzusetzen. Als Beweis dafür kann die Energiepolitik angeführt werden, die er seit vielen Jahren verfolgt und die mit der Energiestrategie 2050 des Bundes und der Klimapolitik, deren Instrumente zurzeit in der Konsolidierungsphase sind, vereinbar ist.

So wurden beispielsweise 97 % der fossil betriebenen Heizungen, die in den Jahren 2020 und 2021 ausgetauscht wurden, durch Anlagen ersetzt, die erneuerbare Energien nutzen. Diese positive Entwicklung ist namentlich auf die Verbesserung des rechtlichen Rahmens und die Wirkung der Fördermassnahmen, insbesondere des Gebäudeprogramms, zurückzuführen. Es wurden aber noch viele weitere Massnahmen in praktisch allen Bereichen eingeführt, die im Zusammenhang mit der Klima- und Energiethematik stehen. Der Staatsrat weist im Übrigen darauf hin, dass das kantonale Klimagesetz erst im Entwurf vorliegt und nächstens im Grossen Rat debattiert wird.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Staatsrat die Fragen wie folgt:

1. Welche Investitionen sind innerhalb der letzten 10 Jahre in den Ausbau und Förderung erneuerbarer Energie im Kanton getätigt worden?

Für die Jahre 2011 bis 2021 hat der Staat Freiburg 128 Millionen Franken für das Gebäudeprogramm verpflichtet, das den Ersatz von fossilen Energien durch erneuerbare Energien und die Sanierung der thermischen Gebäudehülle fördert. Dieser Betrag schliesst die dafür gewährten Globalbeiträge des Bundes ein. Darüber hinaus hat der Staat etwa 3 Millionen Franken in die Weiterbildung im Energiebereich und über 3 Millionen Franken in die Information und Sensibilisierung investiert.

Für die ersten ab 2021 getroffenen Massnahmen in Verbindung mit dem kantonalen Klimaplan wurde ein Betrag von 137 400 Franken aufgewendet, um die Erzeugung von erneuerbaren Energien zu fördern. Unterstützt wurden namentlich Biogasanlagen, Systeme zur Wärmerückgewinnung für die Heutrocknung und die Ausarbeitung eines Optimierungstools für Kläranlagen.

2. Welche entsprechenden Investitionen sind in den kommenden 10 Jahren geplant?

Der Staatsrat hat sich energiepolitische Ziele bis 2030 gesetzt und leistet einen Beitrag an die Umsetzung der energiepolitischen Ziele des Bundes. Er möchte deshalb die Massnahmen des Gebäudeprogramms bis 2030 fortsetzen, wie dies auch der Entwurf des CO₂-Gesetzes des Bundes vorsieht, das namentlich die Frage der entsprechenden Globalbeiträge für die Kantone regelt. Die weitere Entwicklung über diesen Zeithorizont hinaus hängt von den Resultaten der bis dann durchgeführten Massnahmen ab. Derzeit ist es somit nicht möglich, eine zuverlässige Schätzung der bis 2030 benötigten Mittel aufzustellen.

Im Jahr 2022 setzt der Staat knapp 23 Millionen Franken für alle oben beschriebenen energetischen Massnahmen ein. Die Globalbeiträge des Bundes sind darin enthalten. Falls bis 2030 gleich viel Mittel eingesetzt werden, muss bis dann mit einer Investition von etwa 200 Millionen Franken gerechnet werden. Der Staatsrat hat namentlich bei der Ausarbeitung des Regierungsprogramms strategische Überlegungen dazu angestellt.

Zusätzlich ist im Rahmen des kantonalen Klimaplan 2021-2026 eine Investition von 1 532 600 Franken für die Forschung sowie für den Ausbau und die Förderung von erneuerbaren Energien vorgesehen und zwar insbesondere in den Bereichen Wasserkraft, Fotovoltaik, Biogas, Biotreibstoffe und Wasserstoff. Massnahmen zugunsten der erneuerbaren Energien werden zweifellos auch in die Fortsetzung des Klimaplan (2026-2031) integriert. Es wurde dafür aber noch kein Betrag genannt.

3. *Welche Investitionen haben die Energieversorgungsunternehmen des Kantons in den letzten 10 Jahren bezüglich erneuerbarer Energien getätigt, wieviel davon im Ausland und wie viel ausserkantonale? Was ist die nächsten Jahre im In- und Ausland geplant?*

Aufgrund der Auskünfte der Elektrizitätsversorgungsunternehmen des Kantons (Groupe E, Gruyère Energie und IB-Murten) können nur Angaben zu den letzten vier Jahren gemacht werden:

- > Die Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien belaufen sich auf etwa 200 Millionen Franken, von denen 76 % auf den Kanton, 24 % auf andere Kantone und 0 % auf das Ausland entfallen.
- > Bis 2030 wollen diese Unternehmen etwa 750 Millionen Franken in den Ausbau der erneuerbaren Energien investieren, davon knapp 70 % im Kanton Freiburg, 30 % in anderen Kantonen und 0 % im Ausland.

4. *Wie verteilen sich die geplanten Investitionen auf Wasser, Wind, Solar und andere Bereiche der Energieversorgung?*

Die seit 2018 getätigten Investitionen der in Punkt 3 erwähnten Unternehmen verteilen sich wie folgt:

- > Fernheizungen (>70% erneuerbare Energien, vor allem Holz aus der Region): 68%
- > Wasserkraft: 24%
- > Fotovoltaik: 6%
- > Andere (Biogas, Tiefengeothermie, Windenergie): 2%

5. *Ist aufgrund der aktuellen Situation und der laufenden Debatte zur Versorgungssicherheit eine verstärkte Fokussierung auf den Zubau im Inland bzw. eine entsprechende Anpassung der bisherigen Strategie vorgesehen?*

Gemäss Artikel 6 des Energiegesetzes des Bundes (EnG; SR 730.0) ist die Energiewirtschaft für die Energieversorgung der Schweiz zuständig. Bund und Kantone sorgen ihrerseits für die Rahmenbedingungen, die erforderlich sind, damit die Energiewirtschaft diese Aufgabe im Gesamtinteresse optimal erfüllen kann.

Im Übrigen sieht die Energiestrategie des Bundes vor, die fossilen Energien durch einheimische erneuerbare Energien zu ersetzen. Es ist ausserdem geplant, in der Schweiz neue Stromerzeugungsanlagen zu bauen, um die schrittweise Stilllegung der Schweizer Kernkraftwerke und den zunehmenden Stromverbrauch zu kompensieren. Während der Übergangszeit und – wenn auch in etwas geringerem Ausmass – in den darauf folgenden Jahren muss jedoch voraussichtlich ein Teil des Stroms aus den Nachbarländern importiert werden. In diesem Zusammenhang stellt der Ukraine-Krieg die energiepolitischen Ziele nicht grundlegend in Frage, sondern dürfte die Entwicklung vielmehr beschleunigen.

Die Energieversorgungsunternehmen des Kantons arbeiten bereits seit vielen Jahren an der Umsetzung der Energiestrategie des Bundes und des Kantons. Der Ausbau der Erzeugungskapazität von einheimischen erneuerbaren Energien steht im Zentrum dieser Strategie. Dies wird voraussichtlich auch mindestens in den kommenden zehn Jahren der Fall sein.

Der Bund hat bereits darauf hingewiesen, dass die Umsetzung dieses strategischen Ziels komplexer geworden ist. Dies gilt insbesondere für den Bau von grossen Stromerzeugungsanlagen aufgrund von Einsparungen, die ihre Realisierung verzögern. Die Investitionen, die bis heute getätigt wurden, widerspiegeln weitgehend die erhaltenen Baubewilligungen. Es gibt in der Tat noch viele weitere Projekte, die die Energiewirtschaft geplant hat, aber bisher nicht umsetzen konnte.

Dem ist anzufügen, dass unsere Nachbarländer, die uns im Winter mit Energie beliefern, die gleichen, wenn nicht die noch grösseren Bedürfnisse und Probleme bei der Energieversorgung haben als die Schweiz. Deutschland beispielsweise ist sehr abhängig von Gas- und Erdölimporten aus Russland und wird vorübergehend gewisse Kohlekraftwerke wieder in Betrieb nehmen, um Strom zu produzieren. Zur Deckung des winterlichen Strombedarfs plant die deutsche Bundesregierung namentlich, die Zahl der Windkraftwerke auf ihrem Hoheitsgebiet zu vervierfachen und beschleunigte Verfahren für ihren Bau einzuführen. Frankreich musste einen nicht unbedeutenden Teil ihrer Kernkraftwerke aufgrund von technischen Problemen herunterfahren und sucht nun nach Lösungen, um seine Produktionskapazität mit erneuerbaren Energien, vorübergehend aber auch mit Kohle, zu steigern. Das Land verfügt deshalb kaum noch über Kapazitäten für den Stromexport, insbesondere zu den Zeiten, zu denen die Schweiz an französischem Strom interessiert ist, nämlich im Winterhalbjahr.

Angesichts dieser Darlegungen ist der Staatsrat der Ansicht, dass es nötig ist, die Energiestrategie der Schweiz zügiger umzusetzen. Es ist jedoch der Bund, der dafür zuständig ist, die Prioritäten für eine sichere Energieversorgung zu setzen und die Umsetzungsgeschwindigkeit der Energiestrategie anzupassen. Er muss also das Vorgehen zusammen mit der Energiebranche und den Kantonen sowie im Gespräch mit den Umweltverbänden festlegen.

6. *Wie viele Gebäude werden im Kanton noch fossil beheizt, wie viele mit einer Elektrowiderstandsheizung? Welche Programme sieht der Kanton für den Heizungsersatz vor und wie könnte dieser beschleunigt werden?*

Ende 2020 waren im Kanton noch 26 450 Ölheizkessel, 5100 Gasheizkessel und etwa 8000 elektrische Widerstandsheizungen in Betrieb (vgl. Bericht 2015-2020 zur Energiestrategie, www.fr.ch/afe).

Geht man davon aus, dass eine Heizanlage eine Lebensdauer von etwa 20 Jahren hat und dass die meisten mit fossilen Energien betriebenen Heizungen seit über zehn Jahren in Betrieb sind, ist es angesichts der aktuellen Sanierungsgeschwindigkeit sehr wahrscheinlich, dass in rund zehn Jahren, d.h. vor 2035, fast alle diese Heizungen durch Anlagen ersetzt sein werden, die erneuerbare Energien nutzen. Das Gebäudeprogramm ist im Übrigen bestens geeignet, um die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer bei diesem Wechsel zu unterstützen.

Die aktuelle geopolitische Lage und die hohen Preise von fossilen Energien bieten den Eigentümerinnen und Eigentümern einen zusätzlichen Anreiz, ihr mit fossilen Energien betriebenes Heizsystem schneller zu ersetzen. Aktuell hat der Markt jedoch Mühe, die Nachfrage zu befriedigen und

kurzfristig scheint sich die Lage nicht zu entspannen. Der Fachkräftemangel und die globalen Lieferverzögerungen sind die Hauptgründe dafür.

Was die Fachkräfte betrifft, werden zurzeit in der Schweiz und im Kanton Überlegungen angestellt, um ausreichend Personen auszubilden. Dies wird jedoch Zeit erfordern. Der Grosse Rat hat im Übrigen kürzlich ein Postulat über die berufliche Umschulung angenommen, damit die Energiewende besser gemeistert werden kann.

23. August 2022